

Keine Einigung: Arbeitsgruppe diskutiert CCS-Gesetz

Erneut Demonstration vor Bundesrat / Altmärker Christfried Lenz übergab Protestnote in EU-Vertretung

Berlin (ue) • Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat während seiner Sitzung am Mittwoch keine Einigung über das Gesetz zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid (CCS-Gesetz) erzielt.

Wie die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann (Die Linke) auf ihrer Homepage informiert, soll das Gesetz künftig in einer Arbeitsgruppe weiter diskutiert werden.

Angehörige mehrerer Bürgerinitiativen (BI) gegen die unterirdische CO₂-Verpressung, darunter Christfried Lenz und Karl-Heinz Friedrich von der BI „Kein CO₂-Endlager Altmark“, demonstrieren am Mittwoch erneut vor dem Gebäude des Bundesrates. Tenor der Demonstration: Trotz regionaler Absagen für unterirdische

Speicherung machen die Energieversorger weiter - also werden die Proteste auch fortgesetzt.

Protestnote an EU-Politiker

Anschließend übergab Christfried Lenz an Marie-Thérèse Duffy-Häusler, stellvertretende Leiterin der Vertretung der Europäischen Union in Berlin, eine Protestnote mit der Bitte, diese an die für Klimafragen zuständige EU-Kommissarin Connie Hedegaard und Energiekommissar Günther Oettinger sowie das EU-Parlament weiterzuleiten.

In der Protestnote legen die CCS-Gegner dar, dass diese Technik ihrer Ansicht nach nichts mit Klimaschutz zu tun habe. Am Ende könnten sogar Kohlendioxid-Emissionen mit der Ver-

pressung verrechnet werden, was wiederum einen erhöhten Eintrag in die Atmosphäre zur Folge habe. Dass die EU Studien finanziere, die die Notwendigkeit eines europäischen Pipeline-Netztes für den CO₂-Transport nachweise, ist für die Aktiven der Bürgerinitiativen



pressionen von Bürgerinitiativen, darunter Vertreter der BI „Kein CO₂-Endlager Altmark“ (rechts unten), demonstrierten in Berlin vor dem Gebäude des Bundesrates.

das Zeichen dafür, dass CCS nicht eine Brücke zu den erneuerbaren Energien sei, sondern vielmehr die Energiewende verhindern solle.

Kritik an Förderung

Kritik üben die CCS-Gegner auch an einer Umstellung der Förderung zugunsten der unterirdischen Speicherung. Wissenschaftliche Nachweise, dass das Gas langfristig im Untergrund sicher gespeichert sei, gebe es nicht, heißt es weiter. Bürgerinitiativen aus Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein fordern, dass die EU eine Vorreiterrolle „in einem beispiellosen Akt der Menschheitsgeschichte namens ‚Energiewende‘ übernehmen“ solle.

Foto: privat